

# Reformzusagen einlösen, Wettbewerbsfähigkeit ausbauen, Wachstumsstrategie entwickeln!

**—** FORDERUNGSPAPIER ZUR KONSEQUENTEN UMSETZUNG DES KOALITIONSVERTRAGS  
DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN PRÄSIDIUMS DES WIRTSCHAFTSFORUMS DER SPD E. V.



Ein Jahr nach Amtsantritt der Bundesregierung zeigt sich ein ambivalentes Bild der wirtschaftspolitischen Entwicklung. **Es gibt kein Defizit an Vorhaben, Zielen oder Initiativen.** Auch an Kommissionen, Sitzungen und Aktivitäten mangelt es nicht. Was jedoch fehlt, sind Entschlossenheit, klare Priorisierung und eine integrierte Strategie für Wachstum und Innovation. Gerade im wirtschaftspolitischen Bereich entsteht so zunehmend der Eindruck **einer fragmentierten Politik ohne integrierte Wachstumsstrategie**, in der vieles angekündigt, aber noch zu wenig konsequent operationalisiert wird.

Unternehmen nehmen einzelne Entlastungen wahr, sehen aber noch keinen klaren und verlässlichen Aufschwungspfad für den Standort. **Streit und Blockaden** innerhalb der Koalition verstärken den Eindruck mangelnder Planbarkeit und politischer Unsicherheit. Zugleich zeigt eine Analyse des Umsetzungsstandes des Koalitionsvertrages: Die Grundlage für wirtschaftliche Belebung ist vorhanden. **Viele zentrale Maßnahmen sind vereinbart, aber bislang nur teilweise umgesetzt.** Deshalb braucht es jetzt keinen neuen wirtschaftspolitischen Grundsatzstreit, sondern einen Umsetzungsbooster.

Entscheidend ist **eine klare Priorisierung**: Reformen sollten danach bewertet werden, welche Maßnahmen die **stärksten Wachstumsimpulse** erzeugen und wo Unternehmen sowie Beschäftigte am schnellsten eine **spürbare Verbesserung der Rahmenbedingungen** erleben. Einen besonderen Hebel stellt hierbei auch die **Stärkung der Binnennachfrage** dar, die angesichts der anhaltenden Verunsicherung die Konjunktur merklich eintrübt. Wirtschaftspolitik muss wieder stärker aus einer integrierten Wachstumslogik heraus gedacht und **Strukturreformen jetzt umgesetzt werden.**

## Energiepreise strukturell und verlässlich senken

Deutschland braucht jetzt wettbewerbsfähige Energiepreise, nicht nur punktuelle Entlastungen. **Sie sind eine wichtige Voraussetzung für industrielle Wertschöpfung, Investitionen und Beschäftigung in Deutschland.** Die Bundesregierung hat mit der Abschaffung der Gasspeicherumlage, der dauerhaften Senkung der Stromsteuer für produzierendes Gewerbe und Landwirtschaft sowie Bundesmitteln zur Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte erste Schritte umgesetzt. Der angekündigte und politisch geeinte **Industriestrompreis von rund fünf Cent** je Kilowattstunde für energieintensive Unternehmen rückwirkend zum Jahresbeginn 2026 ist ein wichtiges Signal, ersetzt aber keine breitenwirksame Strompreissenkung für die gesamte Industriebasis.

Damit bleibt eine zentrale Zusage des Koalitionsvertrags unerfüllt: Unternehmen und Haushalte dauerhaft um mindestens fünf Cent je Kilowattstunde zu entlasten, die **Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß** zu senken sowie **Umlagen und Netzentgelte spürbar zu reduzieren**. Die bisherigen Maßnahmen waren im Wesentlichen aus dem Bundeshaushalt finanziert und dienen daher nur der kurzfristigen Entlastung – sie müssen jetzt zu einer dauerhaften Energiepreissenkung ausgebaut werden, die Liquidität, Investitionsfähigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Industrie sichert.

Entscheidend ist dafür ein Politikwechsel von befristeten Subventionen hin zu einer **strukturellen Senkung der Systemkosten**. Dazu gehören ein Abbau der überbordenden Mikroregulierung im Energiemarkt, eine bessere Abstimmung von Netz- und EE-Ausbau mit dem Ziel einer effizienteren Auslastung von Energieinfrastrukturen, eine Reduzierung der Subventionierung einzelner Technologien und Akteure sowie grundsätzlich wieder mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb im Energiesystem.

Auch beim **europäischen Emissionshandel** muss Planungssicherheit so ausgestaltet werden, dass der Übergang zur CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft wirtschaftlich tragfähig bleibt und keine zusätzlichen Kostentreiber entstehen. **Wirksame Carbon-Leakage-Regeln**, ein klarer Umgang mit unvermeidbaren Prozessemissionen sowie ein investitionsfreundlicher Rahmen für Technologien wie CCS und CCU sind hierfür industriepolitisch notwendig.

Die **aktuelle Iran-Krise** macht deutlich, wie schnell geopolitische Spannungen Energie- und Rohstoffmärkte destabilisieren und Kosten nach oben treiben können. Steigende Transportkosten, höhere Versicherungsprämien und potenzielle Engpässe bei Energieimporten zeigen: Energiepolitik ist immer auch wirtschaftliche Sicherheitspolitik. Eine resiliente, diversifizierte und stärker heimische Energieversorgung in europäischer Koordination stärkt deshalb zugleich Klimaschutz, wirtschaftliche Stabilität und vor allem dauerhaft niedrigere Energiepreise.

## Steuerpolitik wachstumsfreundlich ausrichten: Unternehmenssteuerreform vorziehen

Die Steuerpolitik ist ein zentraler Hebel für Investitionen, Standortentscheidungen und Beschäftigung – gerade in einer Hochkostenphase mit hohen Energie- und Finanzierungskosten. Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung eine **schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer von 15 auf 10 Prozent ab 2028 vereinbart**, ergänzt um zeitlich befristete Investitionsanreize. In der politischen Debatte findet sich jetzt das Argument, **diese Entlastung bereits 2026** zu starten und zum Teil rückwirkend umzusetzen – mit erheblichen Mindereinnahmen im Staatshaushalt und entsprechenden Risiken für notwendige Zukunftsinvestitionen.

Aus Sicht der Unternehmen ist klar: Eine frühere Entlastung hilft, Investitionen am Standort Deutschland zu halten und neue Projekte anzustoßen. Gleichzeitig zeigen internationale Untersuchungen, dass reine Körperschaftsteuersenkungen ohne verlässlichen Rahmen und Gegenfinanzierung das Wachstum nur begrenzt ankurbeln und schnell an Grenzen stoßen. Deshalb braucht es keinen steuerpolitischen Schnellschuss, sondern einen verlässlichen Pfad: Die im **Koalitionsvertrag angelegte Senkung wird gezielt um ein Jahr auf 2027 vorgezogen und in ein Gesamtpaket eingebettet** mit klar planbaren Stufen, einfachen Investitionsanreizen und einer Finanzierung, die Infrastruktur, Bildung und Transformation nicht ausbremst. So entsteht ein Signal, das in den Unternehmen ankommt: Die **Steuerlast sinkt früher und berechenbar**, der Standort wird gestärkt – ohne dass der Staat sich durch überzogene, kurzfristige Steuergeschenke selbst die Grundlage für künftiges Wachstum entzieht.

## Bürokratieabbau als Wachstumsoffensive verstehen

Der dritte zentrale Hebel für Wachstum liegt im Bürokratieabbau und in der Modernisierung des Staates. Die Koalition hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, Bürokratiekosten deutlich zu senken und Verwaltungsverfahren zu beschleunigen. Dafür wurden institutionelle Voraussetzungen geschaffen: eine **Modernisierungsgenda**, neue Strukturen für Staatsmodernisierung sowie wichtige Bausteine für eine digitale Verwaltung.

Strategische Projekte wie Registermodernisierung, digitale Identitäten und interoperable Datenstrukturen bilden eine wichtige Grundlage für effizientere Verwaltungsprozesse. Auch der Aufbau **zentraler digitaler Plattformen für Verwaltungsleistungen** und die konsequente Umsetzung des Once-Only-Prinzips können Unternehmen erheblich entlasten.

In der betrieblichen Realität sind diese Fortschritte bislang jedoch nur begrenzt angekommen. Viele der angekündigten Maßnahmen – weniger Dokumentationspflichten, geringere Berichtslasten, verbindliche Fristen in Genehmigungsverfahren und konsequent digitale Verfahren – befinden sich noch im Gesetzgebungsprozess oder in administrativen Abstimmungen. Unternehmen berichten weiterhin von komplexen Verfahren, unklaren Zuständigkeiten und langen Genehmigungszeiten. Bürokratische Entlastungen sollten daher neben den Vereinfachungen auf behördlicher Seite **noch stärker den unternehmerischen Alltag** in den Blick nehmen.

Gerade hier liegt auch ein schneller Wachstumshebel. Wenn Planungs- und Genehmigungsverfahren einfacher werden, Investitionen weniger administrativen Aufwand verursachen und digitale Verfahren tatsächlich funktionieren, **beschleunigt das private wie öffentliche Investitionen unmittelbar**. Ein glaubwürdiger Umsetzungsbooster braucht deshalb messbare Ziele: Welche Vorschriften werden tatsächlich gestrichen? Welche Verfahren werden real verkürzt? Welche Entlastungen entstehen in Euro und Stunden für Unternehmen? Bürokratieabbau ist keine technische Detailfrage, sondern ein zentraler Bestandteil einer wachstumsorientierten Standortpolitik.

## **Sozialstaat generationengerecht reformieren. Arbeitsanreize stärken. Arbeit verbilligen.**

Der vierte Reformbereich betrifft den Faktor Arbeit. Steigende Sozialabgaben und zunehmende Fachkräfteengpässe belasten die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Der Koalitionsvertrag setzt an mehreren wichtigen Punkten an: Arbeitsanreize verbessern, Mehrarbeit attraktiver machen, längere Erwerbsphasen ermöglichen und Fachkräfteeinwanderung beschleunigen.

Es gilt nun, zentrale Punkte des Koalitionsvertrags im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zügig umzusetzen, um das Arbeitsangebot nachhaltig zu stärken und den Sozialstaat zukunftsfest zu gestalten. **Die Sozialstaatskommission hat mit der vorgeschlagenen Bündelung von Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag eine erste Reformperspektive eröffnet.** Dabei gilt: Jede Vorlage dieser – wie von jeder – Expertenkommission muss verbindlich mit einem politischen Reformzeitplan verbunden werden, mit dem die Umsetzung umgehend gestartet wird. Die Reform muss zudem mit einer konsequenten Aktivierung verbunden werden – Arbeitsvermittlung und Förderung aus einer Hand, klare Zuständigkeiten und echte Arbeitsanreize. Gleichzeitig darf keine neue Bürokratie für Unternehmen entstehen.

Auch im Bereich der Altersvorsorge sind erste Schritte erkennbar, dennoch bleibt der zentrale Zielkonflikt bestehen: **Ohne weitergehende Strukturreformen drohen insbesondere in der Kranken- und Pflegeversicherung steigende Beitragssätze und damit höhere Lohnnebenkosten.** Für Unternehmen und Beschäftigte würde dies den Faktor Arbeit weiter verteuern und die Beschäftigungsdynamik bremsen.

Um den Druck auf den Arbeitsmarkt zu bremsen und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme langfristig zu stabilisieren, muss der Maßstab klar sein: Mehr Beschäftigung, mehr Qualifizierung und höhere Produktivität sind die Voraussetzung dafür, Sozialstaat und Wettbewerbsfähigkeit miteinander zu verbinden. **Eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen, flexible Übergänge in den Ruhestand, bessere Weiterbildungsmöglichkeiten und eine effizientere Arbeitsmarktintegration** sind dabei zentrale Hebel.

Schließlich muss die Bundesregierung **bei der Fachkräftesicherung** liefern. Die Work-and-Stay-Agentur braucht verbindliche Service-Standards, echte Entscheidungskompetenzen und vollständig digitale Verfahren. Anerkennungsverfahren müssen tatsächlich innerhalb der angekündigten Fristen abgeschlossen werden. Zudem müssen Beschäftigungshürden für Geflüchtete weiter abgebaut und Sprach- sowie Qualifizierungsangebote stärker mit betrieblicher Praxis verzahnt werden. Arbeitsmigration darf nicht durch widersprüchliche migrationspolitische Signale geschwächt werden.

## Digitalisierung und Innovation als Kern der Wachstumsstrategie

**Innovation ist ein wichtiger langfristiger Wachstumstreiber und Garant für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen.** Der Koalitionsvertrag verfolgt das Ziel, Deutschland zu einem **führenden Standort für Zukunftstechnologien zu entwickeln** – mit Investitionen in KI-Infrastruktur, neuen Finanzierungsinstrumenten für Wachstumsunternehmen und einer umfassenden Digitalisierung von Staat und Wirtschaft. Mit der Einrichtung eines eigenständigen Digitalministeriums, der Modernisierungsagenda und dem Deutschland-Stack wurde ein strategischer Rahmen geschaffen, der auch klare Nachfrageimpulse des Staates setzt: Wenn der Staat konsequent als erster Kunde für digitale Lösungen, KI-Anwendungen und Sicherheitsprodukte auftritt, schafft er verlässliche Märkte und zusätzliche Anreize für Unternehmensinvestitionen. Eine chancenorientierte Herangehensweise an neue Technologien ist der richtige Ansatz. Trotzdem befindet sich ein großer Teil der angekündigten Maßnahmen noch in der Umsetzungsphase. **Einheitliche digitale Identitäten, vollständig vernetzte Verwaltungsportale und ein durchgängiger Datenaustausch zwischen Verwaltungsebenen sind noch nicht flächendeckend Realität;** große Investitionsprogramme für KI-Infrastruktur und Rechenkapazitäten stecken vielfach in frühen Planungsstadien. Übermäßige Regulierung bremst viele Technologien und Innovationen.

Entscheidend ist jetzt, **deutlich mehr privates Kapital zu mobilisieren:** Deutschland liegt beim Wachstumskapital weiterhin hinter führenden Standorten zurück, institutionelle Investoren wie Versicherungen und Pensionskassen investieren **zu selten in Tech-Unternehmen, digitale Infrastruktur und Start- und Scale-ups.** Die WIN-Initiative setzt hier erste wichtige Signale, muss aber zügig ausgebaut, mit größeren Volumina hinterlegt und regulatorisch so flankiert werden, dass privates und institutionelles Kapital systematisch in Zukunftstechnologien fließen kann. Ebenso gilt es unverändert, auf den **raschen Ausbau des Deutschlandfonds hinzuwirken.**

Eine erfolgreiche Innovationspolitik muss stärker auf Skalierung setzen. Deutschland verfügt über hervorragende Forschungseinrichtungen, doch zu selten gelingt der Sprung vom Prototyp zur globalen Anwendung. Dafür braucht es **bessere Bedingungen für Wagniskapital, eine stärkere Beteiligung institutioneller Investoren an Wachstumsfinanzierungen sowie attraktivere Rahmenbedingungen für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen.** Öffentliche Programme und eine strategische Beschaffungspolitik des Staates sollten gezielt als Hebel genutzt werden, um zusätzliches privates Kapital für Start-ups, Scale-ups und »First-of-a-kind«-Technologien zu mobilisieren – und damit die Lücke einer bislang unzureichenden Scale-up-Strategie zu schließen.

## Europäischen Binnenmarkt vertiefen und strategisch nutzen

Der **europäische Binnenmarkt bleibt einer der wichtigsten Wachstumsmotoren** für die deutsche Wirtschaft. Der Koalitionsvertrag bekennt sich ausdrücklich zur Vertiefung der europäischen Integration – insbesondere zur Kapitalmarktunion, zur Beschleunigung von Beihilfeverfahren sowie zum Abschluss neuer Handelsabkommen.

Ein **funktionierender europäischer Kapitalmarkt** kann erheblich dazu beitragen, privates Kapital für Investitionen zu mobilisieren. Gerade innovative Unternehmen und Wachstumsbranchen profitieren davon, wenn Finanzierungsmöglichkeiten über nationale Grenzen hinweg verfügbar sind. Auch in **Handelsabkommen und wirtschaftlichen Partnerschaften** liegt erhebliches Wachstumspotenzial. Offene Märkte und stabile Handelsbeziehungen bleiben für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Deutschland unverzichtbar.

Die aktuelle geopolitische Lage verdeutlicht zudem die strategische Bedeutung eines starken europäischen Wirtschaftsraums. **Konflikte im Nahen Osten, gestörte Handelsrouten oder steigende Energiepreise können globale Lieferketten schnell unter Druck setzen.** Ein vertiefter europäischer Binnenmarkt, koordinierte Energiepolitik und gemeinsame Investitionsstrategien erhöhen deshalb nicht nur wirtschaftliche Effizienz, sondern auch ökonomische Resilienz. Deutschland sollte deshalb eine aktive Rolle bei der Weiterentwicklung des europäischen Binnenmarktes spielen: durch die Vollendung der Kapitalmarktunion, eine goldplating-freie Umsetzung europäischer Regeln sowie durch eine konsequente Vereinfachung von Berichtspflichten für Unternehmen.

**Fazit:**  
**Koalitionsvertrag im Schaufenster, Wachstum im Wartesaal**

Der Koalitionsvertrag enthält viele richtige wirtschaftspolitische Ansätze. Die Herausforderung besteht nun darin, diese **Maßnahmen konsequent umzusetzen und Wachstum klar zu priorisieren.**

Deutschland braucht keine neue wirtschaftspolitische Grundsatzdebatte, sondern die entschlossene **Operationalisierung der vereinbarten Reformagenda.** Wettbewerbsfähige Energiepreise, weniger Bürokratie, niedrigere Arbeitskosten, eine dynamische Innovationspolitik und ein stärker integrierter europäischer Binnenmarkt können gemeinsam die Grundlage für einen neuen Wachstumspfad bilden.

Die politische Aufgabe der kommenden Monate besteht darin, aus einer Vielzahl von Vorhaben eine **kohärente Wachstumsstrategie zu formen** – und sie entschlossen umzusetzen. Nur so entsteht wieder Vertrauen in die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit des Staates und eine **neue Dynamik für Investitionen, Innovation und Beschäftigung.**

## Impressum

**Herausgeber** **Wirtschaftsforum der SPD e. V.**  
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium  
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)  
Prof. Dr. Susanne Knorre (Schatzmeisterin)  
Thomas Antonioli (Vizepräsident)  
Dr. Peter Güllmann (Vizepräsident)  
Nora Heer (Vizepräsidentin)  
Philipp Schlüter (Vizepräsident)  
Dr. Tanja Wielgoß (Vizepräsidentin)  
Michael Wiener (Vizepräsident)

**V.i.S.d.P.** Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der SPD e. V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer: R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

**Anschrift** Dorotheenstraße 35  
10117 Berlin

**Telefon** +49 (0)30 86322330  
**E-Mail** mail@spd-wirtschaftsforum.de  
**Internet** spd-wirtschaftsforum.de

**Gestaltung und Satz** Anette Gilke, Hannover

Gedruckt auf Recyclingpapier

**Stand** März 2026

Hier finden Sie unsere Publikationen:

